



**Umsetzungsrichtlinie für den Klein-Projekte-Fonds (KPF) der
Euroregionen PRO EUROPA VIADRINA und Spree-Neiße-Bober**

im Rahmen des

***Kooperationsprogramms INTERREG V A Brandenburg – Polen 2014-2020
im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ des
Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)***

Frankfurt (Oder) / Gorzów Wlkp. / Guben / Gubin

***bewilligt am 20.10.2016
3. Fassung vom 01.01.2020***



Europäische Union
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Unia Europejska
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego



Europäische Union
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Unia Europejska
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego

Inhaltsverzeichnis

I.	Rechtsgrundlagen	2
II.	Voraussetzungen für eine Förderung	2
1.	Projektziele	2
2.	Förderfähige Maßnahmen.....	3
3.	Förderbereiche.....	3
4.	Zielgruppe.....	4
5.	Förderempfänger	4
6.	Partner und Teilnehmer.....	4
7.	Förderfähigkeit des Antragstellers.....	4
III.	Finanzielle Bestimmungen	4
1.	Förderhöhe	5
2.	Förderfähige Ausgaben.....	5
1)	Personalkosten	5
a)	Abrechnung auf Grundlage einer Pauschale	5
b)	Abrechnung auf Grundlage tatsächlicher Ausgaben	6
2)	Büro- und Verwaltungskosten.....	6
3)	Kosten für externe Expertise und Dienstleistungen, Reise-,Verpflegungs-und Übernachungskosten	7
4)	Ausrüstungskosten	8
3.	Nichtförderfähige Ausgaben	8
4.	Eigenanteil.....	10
IV.	Umsetzung von Projekten	10
1.	Projektberatung.....	10
2.	Einreichung der Anträge.....	10
3.	Auswahl der Projekte.....	11
4.	Vertragsschließung.....	13
5.	Projektdurchführung und Informationspflicht.....	13
6.	Projektabschluss.....	14
7.	Vor-Ort-Kontrolle.....	15
8.	Eigenprojekte der Euroregionen.....	15



Europäische Union
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Unia Europejska
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego

I. Rechtsgrundlagen

Gegenseitige Kontakte und Begegnungen der Menschen in der Grenzregion werden im Rahmen des Kleinprojektfonds (KPF) unterstützt.

Grundlage für die Förderung ist das am 21.10.2015 von der Europäischen Kommission genehmigte Kooperationsprogramm INTERREG V A Brandenburg – Polen 2014-2020 sowie die einschlägigen Vorschriften des Gemeinschaftsrechts.

Basis für alle Strukturfondsprogramme ist die Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013. Die speziellen Regelungen für Programme, die – wie unter anderem die Interreg-Programme - aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gespeist werden, sind in der Delegierten-Verordnung (EU) Nr. 481/2014 der Kommission vom 4. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf besondere Regeln für die Förderfähigkeit von Ausgaben für Kooperationsprogramme festgehalten.

Für die Förderperiode 2014 – 2020 wurde zudem zum ersten Mal eine eigene Verordnung für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit Nr. 1299/2013 des europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 erlassen, die über das bisher gültige EFRE-Regelwerk hinausgehende spezifisch zugeschnittene Regelungen für grenzüberschreitende und transnationale Programme vorgibt. Dieser Umstand weist auf die steigende Bedeutung hin, die die EU-Kommission der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beimisst. Ziel ist weiterhin die Stärkung der Kohäsion, d.h. des Zusammenhangs innerhalb der europäischen Gemeinschaft und die Entwicklung der häufig immer noch strukturschwachen Grenzregionen.

Bei der Durchführung von KPF-Projekten findet die vorliegende Umsetzungsrichtlinie Anwendung.

Darüber hinaus gelten in nicht durch die Umsetzungsrichtlinie geregelten Fällen, auf deutscher und auf polnischer Seite die einschlägigen Vorschriften des jeweiligen Landesrechts sowie die Regelungen des Förderhandbuchs des Kooperationsprogramms INTERREG V A Brandenburg – Polen 2014-2020.

Auf der brandenburgischen Seite wird die Förderung nach Maßgabe der §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung Brandenburg (LHO) sowie den hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften (VV LHO), in der jeweils geltenden Fassung, gewährt, unter Berücksichtigung der in den nachfolgenden Abschnitten der vorliegenden Umsetzungsrichtlinie festgelegten abweichenden Regelungen.

Mit dem Kleinprojektfonds sollen grundsätzlich keine staatlichen Beihilfen im Sinne der Art. 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gewährt werden. Ausnahmen sollen über Vorschriften zu de-minimis-Beihilfen behandelt werden. Im Rahmen des KPF werden keine Großunternehmen gefördert.

Im Fördergebiet des Kooperationsprogramms INTERREG V A Brandenburg – Polen 2014-2020 wird der KPF durch die Euroregionen Pro Europa Viadrina und Spree-Neiße-Bober und ihre Geschäftsstellen gewährleistet. Sie sind zuständig für die Antragsannahme, -prüfung und –bewilligung sowie für die Prüfung der Abrechnung der Projekte und stehen den örtlichen Trägern von kleinen Projekten als Ansprechpartner bei allen Fragen - von der Ideengenerierung über die Antragstellung und Projektumsetzung bis zum finanziellen Projektabschluss zur Verfügung.

II. Voraussetzungen für eine Förderung

Für die Förderung aus dem Kleinprojektfonds gelten nachfolgende Grundsätze:

1. Projektziele

Ziel des Kleinprojektfonds ist die Unterstützung der weiteren Entwicklung und Vertiefung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und der Überwindung von mentalen, kulturellen und sprachlichen Barrieren, insbesondere durch:



Europäische Union
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Unia Europejska
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego

- Unterstützung deutsch-polnischer Aktivitäten und Treffen zum besseren Kennenlernen der Einwohner des Grenzgebiets, von Geschichte und Gegenwart, Sprache, Kultur und Traditionen;
- Maßnahmen, um Stereotypen in den deutsch-polnischen Kontakten entgegenzuwirken sowie Förderung der Gleichheit und Nichtdiskriminierung;
- Maßnahmen zur Verbesserung der institutionellen Kapazitäten von lokalen Verwaltungen, Ämtern, anderen öffentlichen Institutionen sowie Unterstützung der Zusammenarbeit von Schulen, Hochschulen, Vereinen und anderen Institutionen;
- Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität und Förderung der Vorzüge und Besonderheiten des Fördergebietes, wie z.B. Landschaft, touristische Höhepunkte, besondere Freizeitaktivitäten, Kunst und Kultur;
- Aktivitäten zur gemeinsamen Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels;
- Vorbereitung weiterer grenzübergreifender Projekte;
- Bildung dauerhafter Netzwerke zu verschiedenen Themen und die Erschließung neuer gemeinsamer Handlungsfelder.

2. Förderfähige Maßnahmen

Förderfähig sind alle Maßnahmen, bei denen die Begegnung der Menschen von beiden Seiten der Grenze im Mittelpunkt der grenzübergreifenden Aktivitäten steht, z.B.:

- Treffen, Konferenzen, Wettbewerbe, Sport- und Kulturveranstaltungen, Seminare, Austausche, Schulungen usw.;
- Projekte im Rahmen kommunaler Partnerschaften;
- Aktivitäten, die der Verbesserung der Kenntnisse der Nachbarsprache dienen;
- Erarbeitung von grenzübergreifenden Konzepten, Untersuchungen und Analysen;
- Herstellung von gemeinsamen Systemen zur Information und Publizität, Beschilderung von touristischen Wegen;
- Investive Elemente i.S.v. Ausstattung, wenn diese zur Umsetzung der Zusammenarbeit und zur Erreichung der Projektziele sowie des spezifischen Programmziels „Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Institutionen und Bürger/-innen in allen Aspekten des öffentlichen Lebens“ zwingend erforderlich sind und als integraler Bestandteil der Zusammenarbeit zu bewerten sind.

Von der Förderung ausgeschlossen sind:

- Projekte, mit dem ausschließlichen Ziel der Herstellung von Kunstgegenständen,
- der Erwerb von Kunstgegenständen,
- parteipolitische Aktivitäten,
- religiöse Treffen nichtökumenischer Art,
- Investitionen und kleine Infrastrukturelemente,
- Projekte, deren ausschließlicher Inhalt Sprachkurse sind.

3. Förderbereiche

Die geplanten Projekte können in folgenden Bereichen durchgeführt werden:

1. Kultur und kulturelles Erbe
2. Sport
3. Tourismus
4. Bildung und Qualifizierung
5. Gesundheit und Soziales
6. Wirtschaft und Wissenschaft
7. Natur und Umwelt
8. Zusammenarbeit von öffentlichen Verwaltungen
9. Energie und Umweltschutz



Europäische Union
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Unia Europejska
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego

4. Zielgruppe

Zielgruppe der im Rahmen des KPF realisierten Kleinprojekte sind Bewohner des Fördergebietes unabhängig von Alter, Nationalität, Geschlecht, politischen und religiösen Auffassungen, Interessen, Bildungsgrad und Gesundheitszustand.

5. Förderempfänger

Berechtigte Förderempfänger des KPF sind:

- Einheiten der kommunalen / territorialen Selbstverwaltung (Wojewodschaft, Landkreise, Gemeinden, Städte), deren Verbände, Zusammenschlüsse sowie nachgeordnete Einrichtungen
- Europäische Verbände für Territoriale Zusammenarbeit
- Landesregierung / Organe der Regierungsadministration und deren nachgeordnete Einrichtungen
- Träger und Verwalter von Großschutzgebieten wie National-, Natur- und Landschaftsparks sowie Biosphärenreservaten
- staatliche Forstwirtschaftsbetriebe und deren Organisationseinheiten
- Euroregionen
- Träger von Bildungs-, Berufsbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen
- Wirtschaftsförderungseinrichtungen/Einrichtungen zur Entwicklungsunterstützung von Unternehmergeist und Innovation, z. B. Kammern
- Wissenschaftseinrichtungen
- Kultur- und Sporteinrichtungen
- im Bereich der öffentlichen medizinischen Versorgung tätige Einrichtungen und Träger der Rettungsdienste
- gemeinnützige juristische Personen, z.B. Stiftungen, Vereine
- Nichtregierungsorganisationen, z.B. Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände

6. Partner und Teilnehmer

An der Umsetzung eines KPF -Projektes sind mindestens 2 Partner (aus Polen und Deutschland) beteiligt.

Bei Veranstaltungen und Begegnungen sollte die Teilnehmerzahl im Regelfall 20 Personen nicht unterschreiten. Der Anteil der polnischen und deutschen Teilnehmer soll angemessen sein und in der Regel jeweils rund 50% der Gesamtteilnehmerzahl betragen.

7. Förderfähigkeit des Antragstellers

Grundsätzlich sollen Projektmaßnahmen durch Partner mit Sitz im polnischen und brandenburgischen Teil des Fördergebietes/der Euroregionen realisiert werden.

Dieses umfasst:

- auf polnischer Seite die gesamte Wojewodschaft Lubuskie mit den Unterregionen Gorzowskie und Zielonogórskie,
- auf deutscher Seite die drei Landkreise Märkisch-Oderland, Oder-Spree, Spree-Neiße des Landes Brandenburg sowie die kreisfreien Städte Frankfurt (Oder) und Cottbus im Land Brandenburg.

In begründeten Fällen können Projektmaßnahmen durch Projektpartner (auch als Leadpartner), die ihren Sitz außerhalb des Fördergebietes – allerdings in Deutschland oder in Polen – haben, umgesetzt werden, wenn die Maßnahmen eindeutige Vorteile sowie einen Mehrwert für das Fördergebiet generieren.

III. Finanzielle Bestimmungen

Förderfähig sind nur Ausgaben, die direkt und ursächlich mit dem deutsch-polnischen Vorhaben in Verbindung stehen und für die Erfüllung des Zweckes notwendig sind.



Europäische Union
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Unia Europejska
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego

Ausgaben müssen real anfallen und den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung mit EU-Mitteln entsprechen.

Die Ausgaben sind förderfähig, wenn sie innerhalb des Projektdurchführungszeitraumes entstanden sind, der im Antrag und anschließend im Fördervertrag festgelegt wird. Das bedeutet, dass innerhalb dieses Zeitraums auch alle Rechnungen bezahlt werden müssen. Eine Ausnahme bilden die notwendigen Übersetzungskosten der Antragsunterlagen.

Der Antragsteller realisiert das Projekt bis zum Abschluss des Fördervertrages/der Förderzusage auf eigenes Risiko.

1. Förderhöhe

Der Fördersatz beträgt höchstens 85% der gesamten förderfähigen Ausgaben.

Die förderfähigen Gesamtausgaben betragen maximal 17.647,06 EUR, in begründeten Fällen maximal 29.411,76 EUR.

Als Förderbetrag können in der Regel bis zu 15.000,00 EUR gewährt werden.

Projekte können eine Förderung von bis zu 25.000,00 EUR erhalten, wenn sie von besonderer Bedeutung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Fördergebiet sind. Solche Bedeutung kommt Projekten zu, welche die Erreichung der Ziele der Entwicklungs- und Handlungskonzepte der Euroregionen räumlich oder inhaltlich besonders fördern und/oder wenn sie beispielhaft für die weitere Integration der Bevölkerung und die Zusammenarbeit der Verwaltungen im Fördergebiet sind.

Das Gesamtbudget eines kleinen Projektes soll den Betrag von 35.000,00 EUR nicht überschreiten.

2. Förderfähige Ausgaben

Förderfähig sind folgende Ausgaben:

1) Personalkosten

Personalkosten sind Kosten für das Personal des Antragstellers / Trägers, das direkt für die Durchführung des Vorhabens tätig ist. Das Personal kann auf Grundlage eines Arbeits-/Beschäftigungsvertrages in Voll- oder Teilzeit tätig sein (z.B. Projektkoordinator) oder auf Grundlage eines anderen Vertrages (zivilrechtlicher Vertrag).

Ausgaben für die Vergütung eines Projektmitarbeiters aus einem zivilrechtlichen Vertrag sind nicht förderfähig, wenn die betroffene Person gleichzeitig in einem Arbeitsverhältnis mit dem Begünstigten steht.

Die Träger der kleinen Projekte können unabhängig von der tatsächlichen Höhe ihrer Personalausgaben zwischen der 20%-Pauschale und der Abrechnung nach tatsächlich angefallenen Personalkosten wählen. Die Form der Abrechnung muss bereits bei der Antragstellung festgelegt werden und darf später nicht geändert werden.

a. Abrechnung auf Grundlage einer Pauschale

Wird eine pauschalierte Abrechnung der anfallenden Personalausgaben gewählt, so werden diese als Pauschalsatz in Höhe von 20% der direkten förderfähigen Ausgaben (Kosten für externe Expertise und Dienstleistungen, Reise-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten sowie Ausstattung) gefördert. Mit dem (ersten) Bericht ist eine verbindliche Erklärung durch den Träger abzugeben, dass Projektpersonal beschäftigt wurde und für dieses Personal projektbezogene Personalkosten angefallen sind. Darüber hinaus ist bei der Projektabrechnung keine Nachweisführung über die tatsächlich angefallenen Personalkosten erforderlich. Voraussetzung für die Bewilligung einer Pauschale für Personalausgaben ist der Nachweis der Notwendigkeit dieser Ausgaben. Dieser Nachweis erfolgt durch eine projektspezifische Beschreibung der anfallenden Tätigkeiten in der Spalte „Begründung“ zum Ausgabenplan.

Die Berechnung des Pauschalbetrages erfolgt auf Grundlage der tatsächlich getätigten Ausgaben in den Kategorien 3 und 4.



Europäische Union
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Unia Europejska
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego

b. Abrechnung auf Grundlage tatsächlicher Ausgaben

Bei der Abrechnung auf Grundlage tatsächlich getätigter Ausgaben gelten folgende Grundsätze:

- (1) Personalkosten können nur geltend gemacht werden, wenn sie direkt beim Projektpartner beschäftigtes Personal betreffen. Um das Projekt umzusetzen, kann ein Projektpartner neues Personal auf Grundlage eines Arbeitsvertrages oder eines zivilrechtlichen Vertrages einstellen, oder bisherige Mitarbeiter zur Umsetzung der neuen mit dem Projekt zusammenhängenden Aufgaben entsenden/einbeziehen.
- (2) Personalkosten sind im Sinne des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nur förderfähig, wenn die ausgeführte Tätigkeit im Projekt eine entsprechende Vergütung rechtfertigt.

Betrifft polnische Begünstigte: Im Falle der Erweiterung der Aufgabenbereiche eigener Mitarbeiter sind Zahlungen von Lohn-/Gehaltszuschlägen, Auszeichnungen oder Prämien möglich.

Im Übrigen wird auf die Bestimmungen des *Förderhandbuchs für das Kooperationsprogramm INTERREG V A Brandenburg – Polen 2014-2020 im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung* hingewiesen.

2) Büro- und Verwaltungskosten

Büro- und Verwaltungsausgaben zur Umsetzung des Projektes werden als indirekte Kosten behandelt. Die Abrechnung dieser Ausgaben erfolgt als Pauschalsatz in Höhe von 15% der o.g. Personalkosten des Trägers.

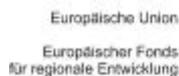
Büro- und Verwaltungsausgaben, welche für die Projektdurchführung erforderlich sind, umfassen folgende Positionen:

- Büromiete;
- Versicherung und Steuern für Gebäude, in denen das Personal untergebracht ist, und für die Büroausstattung (z. B. Feuer-, Diebstahlversicherung),
- Nebenkosten (z. B. Strom, Heizung, Wasser),
- Büromaterial,
- allgemeine Buchführung innerhalb der Einrichtung des Begünstigten;
- Archive;
- Instandhaltung, Reinigung und Reparatur,
- Sicherheit;
- IT-Systeme (IT – Systeme, die zur administrativen Unterstützung des Projekts eingesetzt werden, jedoch nicht direkt für Projektzwecke angeschafft wurden, sondern in der Einrichtung des Begünstigten unabhängig von der Projektumsetzung im Gebrauch sind, IT Systeme - die direkt zur Durchführung des Vorhabens eingesetzt werden, fallen unter die Kategorie 4), sowie deren Wartung;
- Kommunikation (z. B. Telefon, Fax, Internet, Postdienste, Visitenkarten);
- Bankgebühren für Kontoeröffnung und Kontoführung;
- Gebühren für transnationale Finanztransaktionen;
- Kaffee/Tee/Kekse usw. für Treffen der Projektpartner (dies gilt nicht für Cateringleistungen, die in die Kategorie „Ausgaben für Teilnehmer“ einzuordnen sind).

Mit dem (ersten) Bericht ist eine verbindliche Erklärung durch den Projektpartner abzugeben, dass überhaupt Büro- und Verwaltungsausgaben durch die Umsetzung des Kleinprojektes entstanden sind. Es ist zu beachten, dass keine der oben genannten Ausgabenpositionen zur Abrechnung im Rahmen der direkten Kosten vorgelegt werden darf.

Fallen in einem Kleinprojekt keine Personalkosten an und fehlt es daher an der Basis für den Pauschalsatz für Büro- und Verwaltungskosten, können tatsächlich entstehende Verwaltungs- und Bürokosten als tatsächliche Kosten abgerechnet werden.

Bei dem Ansatz eines Pauschalsatzes müssen die tatsächlichen Ausgaben nicht nachgewiesen werden.



3) Kosten für externe Expertise und Dienstleistungen, Reise-,Verpflegungs- und Übernachtungskosten:

Verträge mit eigenen Mitarbeitern – d.h. bei dem Projektträger beschäftigtes Personal - zur Durchführung externer Dienstleistungen im Rahmen des Projektes sind nicht als Kosten für externe Expertise und Dienstleistungen förderfähig.

Förderfähige Ausgaben für externe Expertisen und Dienstleistungen sowie Reise- und Unterbringungskosten beschränken sich auf:

- Reisekosten (u.a. Ausgaben für Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, Ausgaben für Gruppentransfer, PKW- gemäß der nationalen Gesetzgebung), Kosten von Mahlzeiten, Unterbringungskosten, Tagegelder (werden vom Veranstalter eines Treffens/ Seminars/ einer Konferenz die Aufenthaltskosten teilweise finanziert - z.B. Mahlzeiten -, so sind die zustehenden Tagegelder entsprechend zu kürzen);
- Studien oder Erhebungen (z. B. Bewertungen, Strategien, Konzeptpapiere, Planungskonzepte, Handbücher) (z.B. Wirtschafts- und Finanzanalyse, Machbarkeitsstudie.);
- berufliche Weiterbildung, Schulungen;
- Übersetzungen;
- Entwicklung, Änderungen und Aktualisierungen von IT-Systemen und Websites (In dieser Kategorie sollen IT-Systeme aufgeführt werden, die direkt zur Durchführung des Vorhabens eingesetzt werden. IT – Systeme, die zur administrativen Unterstützung des Projekts eingesetzt werden, fallen unter Büro- und Verwaltungsausgaben.);
- Werbung, Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit oder Information im Zusammenhang mit einem Vorhaben;
- Finanzbuchhaltung;
- Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen oder Sitzungen (z. B. einschließlich Miete, Catering, und Dolmetscherdienste)
- Teilnahme an Veranstaltungen (z. B. Teilnahmegebühren);
- Rechtsberatung und Notariatsleistungen, technische und finanzielle Expertise, sonstige Beratungs- und Prüfungsdienstleistungen;
- Rechte am geistigen Eigentum;
- Reise- und Unterbringungskosten von externen Sachverständigen, Referenten, Vorsitzenden von Sitzungen und Dienstleistern;
- sonstige im Rahmen der Vorhaben erforderliche Expertisen und Dienstleistungen.

Beispiele von Ausgaben in kleinen Projekten:

- Übersetzungskosten des Antrages;
- deutsch - polnische Publikationen, Analysen, Konzepte sowie Internetpräsentationen und Karten;
- Ausstellungsgegenstände, Informationsmaterialien, Systeme zur Information und Publizität (wird die geplante Ausgabe als Ausrüstung buchhalterisch erfasst, so ist diese in die Kategorie 4 – Ausgaben für Ausrüstung einzuordnen)
- Arbeits- und Bildungsmaterialien;
- Mietkosten für Veranstaltungsräume und –areale, Ausrüstungsgegenstände, z. B. Bühne, Veranstaltungsmobiliar, Übertragungs- und Übersetzungstechnik, Raumgestaltung, sanitäre Einrichtungen;
- veranstaltungsbezogene Kosten, z.B. GEMA, Plakatierung;
- veranstaltungsbezogene Verbrauchskosten, z.B. Elektroenergie, Wasser, Entsorgung;
- Kosten für Pflichtversicherungen von Teilnehmern an Veranstaltungen, z. B. Veranstaltungshaftpflichtversicherung, Unfallversicherung;
- Preise und Pokale in durch den Träger organisierten Wettbewerben, pro Stück bis zu 50,00 EUR, bis zu 2.500,00 EUR im Projekt;



Europäische Union
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Unia Europejska
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego

- Geschenke unter 20,00 EUR in Zusammenhang mit Werbung, Kommunikation, Publizität und Öffentlichkeitsarbeit;
- Ausgaben im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsarbeit, Design- und Druckkosten für Flyer, Anzeigen, Plakate, Programmhefte, Web-Auftritte, Buttons, T-Shirts u. a.;
- Transportausgaben;
- Eintrittsgelder;
- Ausgaben für Referenten mit nachgewiesenen Fachkenntnissen bis zu 50,00 EUR pro Stunde und 300,00 EUR pro Tag (förderfähig sind auch die notwendigen Reise-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten);
- Ausgaben für Moderatoren, fachliche Berater und Workshop Leiter bis zu 25,00 EUR pro Stunde und 200,00 EUR pro Tag (förderfähig sind auch die notwendigen Reise-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten);
- Ausgaben für Simultandolmetscher bis zu 50,00 EUR pro Stunde;
- Ausgaben für Betreuer, Sprachmittler, Schiedsrichter und Hilfskräfte bis 15,00 EUR pro Stunde;
- Ausgaben für medizinische Betreuung (z.B. Ärzte und Rettungssanitäter);
- Ausgaben für Sicherheit (z.B. Objektbewachung und Sicherheitsdienste);
- Ausgaben für Auftritte von nicht professionellen Künstlern und Künstlergruppen;
- Ausgaben für Verpflegung bis 15,00 EUR pro Teilnehmer und Tag;
- Ausgaben für Übernachtung bis 45,00 EUR pro Teilnehmer und bei einer Übernachtung. Bei der Übernachtung über 25,00 EUR muss eine zusätzliche Begründung vorgelegt werden.

4) Ausrüstungskosten

Anschaffungen von Ausstattung sind förderfähig, wenn die Anschaffung notwendig für die Projektdurchführung ist und nicht das alleinige Förderziel darstellt.

Anschaffungen von Ausstattung können in Höhe von bis 20% der förderfähigen Gesamtausgaben (bis max. 3.529,41 EUR bei Projekten mit einer Förderung von 15.000,00 EUR und max. 5.882,35 EUR bei Projekten mit einer Förderung von bis 25.000,00 EUR) bewilligt werden.

3. Nichtförderfähige Ausgaben

Folgende Ausgaben sind nicht förderfähig, u.a.:

- (1) Rechnung und Belege, die einen förderfähigen Wert von 2,00 EUR nicht überschreiten,
- (2) Geschenke, ausgenommen solche im Wert von weniger als 20,00 EUR, im Zusammenhang mit Werbung, Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit oder Informationen, Preise bei Wettbewerben organisiert von Begünstigten im Wert über 50,00 EUR,
- (3) Leistungen, die zwischen den Projektteilnehmern erbracht und verrechnet werden,
- (4) nicht in Anspruch genommene Vergünstigungen (z.B. Skonto, Rabatt),
- (5) Ausgaben im Zusammenhang mit Wechselkursschwankungen,
- (6) Finanzierungsausgaben (u. a. Sollzinsen, Vermittlungsleistungen, Provisionen),
- (7) Bußgelder, Prozesskosten, Geldstrafen, die dem Projektpartner auferlegt wurden,
- (8) Grunderwerb und Grunderwerbsnebenkosten, Bauleitplanung (Raumplanung),
- (9) Hausanschlüsse im Zusammenhang mit der Errichtung von öffentlichen Erschließungsanlagen,
- (10) Kauf von Tieren,
- (11) kalkulatorische Kosten (z. B. Sonstiges und Unvorhersehbares),
- (12) Kauf von Kunstwerken und Ausgaben für kommerzielle Inszenierungen,
- (13) Künstlerhonorare von professionellen Künstlern sowie damit in Zusammenhang stehende Ausgaben (z. B. Reisekosten, Übernachtung), ausgenommen sind angemessene Reisekosten (Übernachtung/Verpflegung),
- (14) erstattungsfähige Mehrwertsteuer,



- (15) Sprachkurse, ausgenommen Polnisch, Deutsch und Englisch,
- (16) Honorare an Mitarbeiter/innen, die beim Projektpartner sozialversicherungspflichtig angestellt sind,
- (17) Abfindungszahlungen bei der Beendigung von Dienstverhältnissen,
- (18) Unteraufträge, die die Projektausgaben erhöhen, ohne eine anteilmäßige Wertschöpfung für das Projekt zu bringen,
- (19) Unteraufträge, zu denen von den Subunternehmern für Prüf- und Kontrollzwecke nicht alle erforderlichen Informationen bereitgestellt werden,
- (20) Sachleistungen,
- (21) Geschäfte, die den Betrag von 15 000 EUR überschreiten und bar bezahlt werden (unabhängig von der aus diesen Geschäften resultierenden Zahlungen),
- (22) Success Fee (Prämie für den Koautor des Förderantrags),
- (23) Vergütung für Mitglieder der in der Satzung des Begünstigten genannten Gremien, im Zusammenhang mit den üblichen Satzungspflichten der Einrichtung,
- (24) einzelvertraglich vereinbarte Prämien und Bonuszahlungen, es sein denn:
 - sie wurden in der Arbeits- und Lohnordnung der jeweiligen Einrichtung vorgesehen;
 - sie wurden in der jeweiligen Einrichtung mindestens 6 Monate vor Einreichen des Projektantrages eingeführt,
 - sie gelten potentiell für alle Mitarbeiter des Begünstigten und die Regeln für dessen Gewährung sind gleich für das Projektpersonal und die sonstigen Mitarbeiter des Begünstigten.),
- (25) Jubiläumswendungen,
- (26) Kosten für Beiträge und fakultative Gebühren, die nach dem nationalen Recht nicht vorgeschrieben sind, es sei denn:
 - sie wurden in der Arbeits- und Lohnordnung der jeweiligen Einrichtung vorgesehen;
 - sie wurden in der jeweiligen Einrichtung mindestens 6 Monate vor Einreichen des Projektantrages eingeführt,
 - sie gelten potentiell für alle Mitarbeiter des Begünstigten und die Regeln für dessen Gewährung sind gleich für das Projektpersonal und die sonstigen Mitarbeiter des Begünstigten.),
- (27) Kosten für zusätzliche Gesundheitsleistungen, die vom Arbeitnehmer über den Arbeitgeber bezahlt werden,
- (28) Ausgleich für nicht genommenen Urlaub, soweit keine Umstände auftraten, welche die Gewährung eines solchen Urlaubs ohne Beeinträchtigung von Projektmaßnahmen unmöglich machten,
- (29) Zahlungen an den polnischen Staatlichen Fonds für Rehabilitation Behinderter (PFRON),
- (30) Leistungen aus dem Betriebsfonds für Sozialleistungen an die Projektmitarbeiter,
- (31) Doppelförderung der Ausgaben ist nicht gestattet. Die Doppelförderung steht insbesondere für:
 - die Erstattung derselben Ausgabe im Rahmen von verschiedenen mit EU-, öffentlichen sowie von privaten Mitteln finanzierten Vorhaben. mit Ausnahme von der Finanzierung des Eigenanteils.
 - Gewährung von nicht rückzahlbaren Finanzhilfen aus mehreren Quellen (nationale Mittel, EU-Mittel oder sonstige Fördermittel) für die Ausgaben im Rahmen eines Vorhabens, deren Gesamtwert 100% der förderfähigen Ausgaben eines Teils oder des ganzen Vorhabens überschreitet.
- (32) Projektspezifische Kosten, die durch bestehende Finanzbeiträge Dritter (z.B. durch Bund, Länder oder Gemeinden) bereits vor der Antragstellung ganz oder teilweise abgedeckt werden, können nicht zur Förderung aus dem Kooperationsprogramm INTERREG VA Brandenburg – Polen 2014-2020 eingereicht werden.



Europäische Union
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Unia Europejska
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego

4. Eigenanteil

Den Eigenanteil darf der Träger aus Eigenmitteln, Spenden, Drittmitteln sowie Einnahmen finanzieren. Bei Projekten, die während der Projektdurchführung Einnahmen erzielen, müssen die Einnahmen ganz oder teilweise zur Deckung des im Kostenplan festgelegten Eigenanteils herangezogen werden. Geplante Einnahmen müssen während der Antragstellung angegeben und die tatsächlichen Einnahmen im Rahmen der Projektabrechnung dargestellt werden.

IV. Umsetzung von Projekten

Es gilt folgendes Verfahren zur Umsetzung der Projekte:

1. Projektberatung

Die Euroregionen Pro Europa Viadrina und Spree-Neiße-Bober beraten, unterstützen und schulen die Antragsteller bei der Ausarbeitung des Antrages vom Moment der Ideenentwicklung, Antragstellung über die Bewilligung durch die zuständige Euroregionale Bewertungskommission (EBK) und die Projektdurchführung bis hin zur Projektabrechnung und Auszahlung der Rückerstattung.

2. Einreichung der Anträge

Anträge auf Gewährung einer Förderung aus dem KPF können bei den jeweils örtlich zuständigen Geschäftsstellen der Euroregionen eingereicht werden.

 Euroregion Spree-Neiße-Bober	 Euroregion Pro Europa Viadrina
Büro in Deutschland / Biuro w Niemczech	
Euroregion Spree-Neiße-Bober Berliner Straße 7 D - 03172 Guben Fon: +49 (0) 35 61 / 31 33 Fax: +49 (0) 35 61 / 31 71 E-Mail: info@euroregion-snb.de Internet: www.euroregion-snb.de Zuständig für Träger mit Sitz in: Landkreis Spree – Neiße, Stadt Cottbus	Mittlere Oder e.V. Holzmarkt 7 D-15230 Frankfurt (Oder) Fon: (+49) 0335/ 66 594 -0 Fax: (+49) 0335/ 66 594 -20 E-Mail: info@euroregion-viadrina.eu Internet: www.euroregion-viadrina.de Zuständig für Träger mit Sitz in: Landkreise Märkisch–Oderland und Oder–Spree, sowie Stadt Frankfurt (Oder)
Biuro w Polsce / Büro in Polen	
Stowarzyszenie Gmin RP Euroregion "Spree-Nysa-Bóbr" ul. Piastowska 18 PL - 66-620 Gubin Fon: +48 68 455 80 50 Fax: +48 68 455 80 50 E-Mail: info@euroregion-snb.pl Internet: www.euroregion-snb.pl Zuständig für Träger mit Sitz in: Landkreise krośnieński, nowosolski, świebodziński, wschowski, zielonogórski,	Stowarzyszenie Gmin Polskich Euroregionu „Pro Europa Viadrina" ul. Nowa 5 PL-66-400 Gorzów Wlkp. Fon: (+48) 95 / 735 84 47 Fax: (+48) 95 / 735 84 61 E-Mail: info@euroregion-viadrina.pl Internet: www.euroregion-viadrina.pl Zuständig für Träger mit Sitz in: Landkreise gorzowski, międzyrzecki, słu-bicki, strzelecko-drezdenecki, sulęciński (mit



Europäische Union
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Unia Europejska
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego

żagański, żarski; Stadt Zielona Góra, Gemeinde Cybinka, Gemeinde Torzym und Zbąszyń

Ausnahme der Gemeinde Torzym), Stadt Gorzów Wlkp.

Anträge müssen vor Projektbeginn eingereicht werden. Um eine ordnungsgemäße Antragsbearbeitung und Entscheidungsfindung zu gewährleisten, sollte die Antragstellung in der Regel drei Monate vor Projektbeginn zu erfolgen. Das Projekt kann frühestens am Tag der Antragsregistrierung beginnen, allerdings wird es bis Unterzeichnung des Fördervertrages/der Förderzusage auf eigenes Risiko des Trägers durchgeführt.

Die Anträge sind mit den erforderlichen Anlagen auf den geltenden Antragsunterlagen einzureichen. Die Unterlagen stehen auf den Internetseiten der Euroregionen als Download bereit.

3. Auswahl der Projekte

Der Antrag wird nach Eingang in der zuständigen Geschäftsstelle der Euroregion registriert und anschließend formell und inhaltlich geprüft.

Bei fehlerhaften oder unvollständigen Unterlagen wird der Träger aufgefordert, die notwendigen Ergänzungen bzw. Korrekturen zu einem bestimmten Termin vorzunehmen. Kommt der Antragsteller den Aufforderungen nicht nach, kann dies zur Ablehnung des Antrages führen.

Formell werden folgende Kriterien geprüft:

- *Liegt der Antrag im Original vor?*
- *Ist der Antrag vollständig?*
- *Ist der Antrag fristgerecht eingereicht?*
- *Ist der Antrag vom Antragsteller unterschrieben?*
- *Ist der Antrag elektronisch ausgefüllt (handschriftliche Anträge werden nicht registriert)?*
- *Sind Antragsteller und Partner berechnigte Förderempfänger?*
- *Bei Kleinprojekten, in welchen Projektpartner von außerhalb des Fördergebiets beteiligt sein sollen bzw. Fördermittel außerhalb des Fördergebiets eingesetzt werden sollen: Ist den Projektunterlagen zu entnehmen, dass das Projekt überwiegend dem Fördergebiet zugute kommt?*
- *Wurde der Termin der Umsetzung des Projektes angegeben?*
- *Sind die Ausgaben förderfähig?*
- *Liegt die beantragte Fördersumme nicht höher als 85% der förderfähigen Gesamtkosten?*
- *Werden die drei Kriterien der grenzübergreifenden Zusammenarbeit (gemeinsame Vorbereitung, gemeinsame Durchführung, gemeinsames Personal) erfüllt?*

Projekte, welche die formellen Kriterien nicht erfüllen, werden abgelehnt.

Die fachlich-inhaltliche Bewertung wird durch zwei Mitarbeiter/-innen der Geschäftsstelle der Euroregion vorgenommen.

Fachlich-inhaltlich werden folgende Kriterien geprüft:



Europäische Union
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Unia Europejska
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego

	Mitarbeiter/-in 1	Mitarbeiter/-in 2
1. Das Projekt dient der Intensivierung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zur Erschließung grenzüberschreitender Potenziale und stimmt mit den Zielen des Kooperationsprogramms überein,		
2. Der grenzübergreifende Charakter,		
3. die Beteiligung des/der deutschen oder polnischen Partner/s an der Durchführung des Projektes,		
4. Der Maßnahmenplan, seine Machbarkeit und Übersichtlichkeit,		
5. Die Bedeutung des Projektes für die Erreichung der Indikatoren für den KPF,		
6. Die Notwendigkeit und Angemessenheit der geplanten Ausgaben,		
7. Bei Projekten über 15.000,00 EUR Förderung die besondere Bedeutung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Fördergebiet.		
8. Fachlich ausgerichteter Inhalt des Projektes.		

Jedem Kriterium 1- 6 werden Noten nach der folgenden Skala vergeben:

- unzureichend
- zufriedenstellend
- sehr gut

Bei Projekten mit einem Wert von über 15.000,00 EUR wird das Kriterium Nr. 7 als erfüllt oder nicht erfüllt bewertet (ja/nein). Für das Kriterium Nr. 7 werden keine Noten vergeben.

Das Kriterium Nr. 8 wird ebenfalls als erfüllt oder nicht erfüllt bewertet (ja/nein). Sofern das Kriterium Nr. 8 erfüllt ist, wird es mit der Note „sehr gut“ bewertet, sofern es nicht erfüllt ist, mit der Note „unzureichend“.

Überdies wird jedes Projekt auf Grundlage von Art. 107 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie auf Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 dahingehend geprüft, ob es den Vorschriften über staatliche Beihilfe, bzw. der de-minimis Beihilfe unterliegt.

Auf Grundlage einer Erklärung des Antragstellers wird geprüft, ob die Brutto- oder die Nettobeträge der Projektausgaben bewilligt werden.

In jeder Euroregion wird eine Euroregionale Bewertungskommission (EBK) eingerichtet. Der EBK wird eine Gesamtliste der Projekte übermittelt, samt der Projektdokumentation und dem Ergebnis der fachlich-inhaltlichen Prüfung. Die EBK wählt die Projekte auf Grundlage der Ergebnisse der fachlich-inhaltlichen Bewertung und der eigenen Meinung aus und entscheidet über die Höhe der Förderung. Bei gleicher Punktzahl werden Projekte mit fachlich ausgerichteten Inhalten, gegenüber Projekten ohne diese Inhalte, bevorzugt befürwortet.



Mindestens 25% der freien Mittel, die nach dem 01.01.2020 für KPF-Projekte gebunden werden, sind für Projekte mit fachlich ausgerichteten Inhalten bestimmt.

Die EBK setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- je drei vom Vorstand bzw. Konvent des deutschen und polnischen Trägers der Euroregionen berufene sachkundige Personen als stimmberechtigte Mitglieder;
- ein von der Verwaltungsbehörde benanntes Mitglied mit beratender Stimme;
- ein vom Landeskoordinator benanntes Mitglied mit beratender Stimme
- zwei Vertretern der Wirtschafts- und Sozialpartner und der relevanten Stellen, die die Zivilgesellschaft vertreten, unter anderem Partnern des Umweltbereichs, Nichtregierungsorganisationen und Stellen für die Förderung von sozialer Inklusion, Gleichstellung der Geschlechter und Nichtdiskriminierung, mit beratender Stimme.

Das von der Verwaltungsbehörde benannte Mitglied verfügt über ein Stimmrecht bei Projekten mit einem Förderbetrag über 15.000,00 EUR.

Die EBK gibt sich eine Geschäftsordnung und bestätigt ein Beschwerdeverfahren für den KPF. Die Entscheidungen zur Projektförderung werden mit einfacher Mehrheit getroffen. Die EBK tagt in der Regel vier Mal im Jahr.

Gegen die Bewertung und die Entscheidung zur Auswahl des Projektes kann der Antragsteller eine Beschwerde an den zuständigen Partner des Schirmprojektes nach dem geltenden Beschwerdeverfahren für den KPF einreichen.

4. Vertragsschließung

Nach der Auswahl des Projektes wird der Antragsteller über die Entscheidung der Bewertungskommission und die eventuellen Auflagen informiert. Bei Bedarf wird der Antrag überarbeitet. Die endgültige Förderzusage/ Unterzeichnung des Fördervertrages erfolgt durch den zuständigen Partner des Schirmprojektes. Im Vertrag werden die grundlegenden Rahmenbedingungen für das Projekt (Durchführungszeitraum, Bewilligungsrahmen) sowie Rechte und Pflichten des Projektträgers festgelegt. Der Projektantrag und der darin enthaltene Kostenplan sind ein Teil des Fördervertrages und bilden damit die Grundlage für spätere Prüfungen im Rahmen der Projektdurchführung.

5. Projektdurchführung und Informationspflicht

Der Durchführungszeitraum eines KPF-Projektes soll in der Regel 12 Monate nicht überschreiten. Zum Zeitrahmen des Projektes wird die Vor- und Nachbereitungszeit mitgerechnet.

Der Projektträger ist verpflichtet, in geeigneter Form öffentlich auf die Förderung durch die Europäische Union hinzuweisen. Auf allen Materialien, die im Rahmen des Projektes entstehen (z.B. Einladungen, Flyer, Publikationen) ist auf die Beteiligung der Europäischen Union hinzuweisen. Ein Verstoß gegen diese Pflicht kann eine Kürzung der Förderung zur Folge haben.

Bei allen Informations- und Kommunikationsmaßnahmen der Projektpartner ist auf die Unterstützung des Vorhabens aus dem EFRE und aus dem Kooperationsprogramm wie folgt hinzuweisen:

- a) EU-Emblem und Hinweis auf die Europäische Union (immer ausgeschrieben),
- b) Hinweis auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung,
- c) das Programmlogo
- d) das Logo der Euroregion.

Beispiele für den Förderhinweis:

Bei Projekten deutscher Antragsteller, für die die Euroregion PRO EUROPA VIADRINA zuständig ist:



Europäische Union
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Unia Europejska
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego



Bei Projekten deutscher Antragsteller, für die die Euroregion Spree-Neiße-Bober zuständig ist:



In Bezug auf die Informations- und Publizitätsmaßnahmen gelten die Vorschriften zur Information und Publizität des Kooperationsprogramms INTERREG VA Brandenburg-Polen 2014-2020, abrufbar als Merkblatt auf der Internetseite: <http://interregva-bb-pl.eu/oeffentlichkeitsarbeit/>.

6. Projektabrechnung

Die Projektausgaben werden durch den Träger vorfinanziert.

Nach dem Abschluss des Projektes reicht der Träger die Projektabrechnung bei der Geschäftsstelle der Euroregion ein. Die Euroregion prüft die Förderfähigkeit der Ausgaben. Die notwendigen Abrechnungsunterlagen sind auf der Internetseite der Euroregion abzurufen. Der Sachbericht und die Ausgabenerklärung werden unter Berücksichtigung folgender Kriterien geprüft, ob:

- der Bericht formal und rechnerisch richtig ist,
- die Ausgaben dem genehmigten Vorhaben und dem Förderzeitraum entsprechen,
- Rechnungen sowie andere zahlungsbegründende Unterlagen bestätigen, dass die Ausgaben tatsächlich getätigt wurden (außer bei vereinfachten Kostenoptionen - Pauschalen),
- bei vereinfachten Kostenoptionen - Pauschalen die Voraussetzungen für die Zahlung eingehalten wurden,
- der Bericht den Projektfortschritt und die Erreichung der Projektindikatoren dokumentiert, wenn der Projektpartner für die Erfüllung von Projektindikatoren zuständig ist,
- die Ausgaben mit den Programmdokumenten sowie mit dem Zuwendungsvertrag und den Anlagen (u.a. dem Antrag auf Zuwendung) übereinstimmen,
- die für die Förderfähigkeit der Ausgaben relevanten EU- und nationalen Rechtsvorschriften eingehalten wurden,
- Anhaltspunkte für die Nichteinhaltung der Regelungen zur Staatlichen Beihilfe (falls zutreffend) und der Vorschriften zur nachhaltigen Entwicklung, Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung bestehen,
- (ggf.) die EU- und nationalen Rechtsvorschriften für die Auftragsvergabe einschließlich der Grundsätze der Gleichbehandlung, der Transparenz und des Wettbewerbs eingehalten wurden,
- die Publizitätsvorschriften eingehalten wurden,



Europäische Union
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Unia Europejska
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego

- für die Umrechnung der Ausgaben, die in einer anderen Währung als Euro getätigt wurden, der monatliche Buchungskurs der Europäischen Kommission des Monats angewendet wurde, in dem die Abrechnungsunterlagen fertiggestellt (unterzeichnet) wurden.

Nach der Prüfung der Abrechnung gewährt und zahlt die Euroregion dem Träger – sofern ihr die Mittel dafür zur Verfügung stehen - eine schnelle Erstattung in Höhe von 50% der durch die Euroregion anerkannten EFRE-Mittel. Die finale Erstattung wird durch die Euroregion nach dem Erhalt der Förderung von der Investitionsbank des Landes Brandenburg überwiesen.

7. Vor-Ort-Kontrolle

Während oder nach Abschluss der Projektdurchführung kann die Euroregion - insbesondere z.B. bei Vorliegen eines begründeten Verdachts auf Unregelmäßigkeiten – eine Vor-Ort-Kontrolle beim Träger durchführen (Verwaltungskontrolle oder Besuch der Hauptveranstaltung).

8. Eigenprojekte der Euroregionen

Im Rahmen des Kleinprojektfonds können ebenfalls Kleinprojekte der Euroregionen als so genannte eigene Kleinprojekte umgesetzt werden. Der Gesamtwert der eigenen Kleinprojekte darf 5% des geplanten Gesamtwertes des KPF-Budgets für die Durchführung von Kleinprojekten nicht überschreiten.

Eigene Kleinprojekte haben alle für Kleinprojekte bestimmten Voraussetzungen zu erfüllen und dürfen sich nicht auf die Verwaltung und administrative Betreuung des Schirmprojekts beziehen. Die eigenen Kleinprojekte werden beim Gemeinsamen Sekretariat eingereicht und gemäß den für den KPF geltenden Bewertungskriterien bewertet. Die Bestätigung des Antrags erfolgt durch eine einstimmige Entscheidung von Verwaltungsbehörde und Landeskoordinator.

Zulässig ist eine gegenseitige Kontrolle der Ausgaben durch die Euroregionen, d.h. die jeweils national zuständige Geschäftsstelle der Euroregion PRO EUROPA VIADRINA prüft die eigenen Projekte der Euroregion Spree-Neiße-Bober und umgekehrt - so, dass eine Trennung der Funktionen des Begünstigten und des Prüfers gewährleistet wird.